

Die Tätigkeit der OSZE aus ukrainischer Sicht

Einführung

2002 jährte sich der Beitritt der Ukraine zur OSZE zum zehnten Mal. Im vorliegenden Beitrag wird der Versuch unternommen, die Ergebnisse des ersten Jahrzehnts als Teilnehmerstaat der größten – gemessen an der Zahl der Staaten – und umfassendsten internationalen Organisation in Europa zu resümieren sowie die grundlegenden Prioritäten der Ukraine für die zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation aufzuzeigen.

Die Ukraine gehört heute, nachdem sie 1992 Teilnehmerstaat der KSZE geworden war, zu den aktivsten Akteuren im Helsinki-Prozess. Die Beteiligung der Ukraine an den Aktivitäten der OSZE auf dem Balkan, in Moldau, im Kaukasus und in Zentralasien trägt zu ihrem positiven Image als wertvoller Faktor für Sicherheit und Stabilität in Europa bei. Rund 20 Ukrainer arbeiten derzeit in den Langzeitmissionen und Büros der OSZE in Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kirgisistan, im Kosovo, in Kroatien, Mazedonien, Aserbaidschan, Serbien und Montenegro und in Tadschikistan.

Gemäß dem am 2. Juni 1993 verabschiedeten Beschluss des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) über „die grundlegenden Prinzipien der ukrainischen Außenpolitik“ gehört die Teilnahme der Ukraine an der OSZE zu den vorrangigen regionalen Orientierungen in der Außenpolitik. Wie es in dem Beschluss heißt, erleichtert die Zusammenarbeit mit der OSZE „den umfassenden Eintritt der Ukraine in den europäischen Raum“ ebenso wie die Nutzung der OSZE-Mechanismen zur Sicherstellung ihrer nationalen Interessen.

Die aktive und umfassende Zusammenarbeit der Ukraine mit der OSZE gehört zu den wichtigsten Komponenten und Pfeilern der europäischen Integration des Staates, des perspektivisch wichtigsten strategischen Ziels der ukrainischen Außenpolitik. Eine der wichtigsten Aufgaben der Ukraine ist die Stärkung der Mechanismen innerhalb der Organisation, die der Errichtung eines wirksamen internationalen Systems regionaler Sicherheit, der Lösung der Probleme, die sich bei der Aufrechterhaltung militärischer und politischer Stabilität in Europa ergeben, sowie der Entwicklung konstruktiver und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den Staaten dienen.

Die Mitgliedschaft in der OSZE gibt der Ukraine die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme an der Diskussion und Lösung aktueller und besonders drängender Probleme der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region. Sie gibt der Ukraine das Recht und die Möglichkeit, Fragen im Zusammenhang mit aufkommenden Bedrohungen der internationalen Sicherheit auf die Tagesordnung dieses gesamteuropäischen Forums zu set-

zen, die Untersuchung und Erörterung möglicher Fälle von Verstößen gegen die OSZE-Prinzipien und -Standards zu verlangen und auf die Unterstützung der Organisation zählen zu können, wenn Staaten in die Schranken verwiesen werden müssen.

Die Präsenz der OSZE in der Ukraine und mögliche zukünftige Formen der Zusammenarbeit

Die OSZE-Langzeitmission in der Ukraine

Die Aktivitäten des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) und der OSZE-Langzeitmission in der Ukraine im Zusammenhang mit der Situation in der Autonomen Republik Krim sind ein Beispiel dafür, wie die Möglichkeiten, die die Mitgliedschaft in der OSZE eröffnet, erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden können. Das Engagement der OSZE hat zu positiven Ergebnissen geführt. Die OSZE-Mission in der Ukraine ist die erste OSZE-Langzeitmission, die ihr vom Ständigen Rat der Organisation vorgegebenes Mandat erfüllt hat, und ist damit beispielhaft. Die Mission wurde 1994 eingerichtet und am 30. April 1999 geschlossen.

Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Im Zuge der weiteren Entwicklung der Beziehungen zur OSZE regte die Ukraine eine neue Form der Zusammenarbeit an: die Einrichtung des Postens eines OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine, der seine Tätigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 aufgenommen hat. Mit Beschluss Nr. 295 des Ständigen Rates vom 1. Juni 1999 wurde „im Sinne der Achtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der operativen Fähigkeiten der verschiedenen Dimensionen der OSZE (...) eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der OSZE eingerichtet (...) Diese Zusammenarbeit wird in der Planung, Durchführung und Überwachung von Projekten zwischen den zuständigen Behörden der Ukraine und der OSZE und ihren Institutionen bestehen. Die Projekte können alle Aspekte der OSZE-Aktivitäten betreffen und unter Einbeziehung sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Gremien der Ukraine durchgeführt werden.“¹ Diese Form der Zusammenarbeit hat in den vergangenen vier Jahren erfolgreich funktioniert.

Der Projekt Koordinator war mit der Planung und Durchführung von Projekten befasst, die dazu dienen sollten, die entsprechenden staatlichen Behörden der Ukraine dabei zu unterstützen, Gesetze, Institutionen und ihre Politik an die Erfordernisse eines modernen demokratischen Rechtsstaates unter den

¹ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 295, PC.DEC/295, vom 1. Juni 1999.

Bedingungen der Globalisierung und der mikroelektronischen Revolution anzupassen. Der Schwerpunkt lag dabei auf solchen Tätigkeiten, die zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung beitragen sollten. Die folgenden zehn Projekte wurden erfolgreich durchgeführt:

1. Rechtsreform: Unterstützung der Ukraine bei der Anpassung der Gesetzgebung im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte; Verbreitung der entsprechenden neuen Rechtsvorschriften und Unterstützung bei ihrer Implementierung; Verbreitung einschlägiger völkerrechtlicher Dokumente;
2. Reform des Meldewesens („*Propiska*“): Unterstützung der ukrainischen Behörden beim Aufbau eines neuen Einwohnermeldewesens im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards;
3. Unterstützung des Bevollmächtigten Menschenrechtsvertreters (Ombudsmann) des ukrainischen Parlaments: Stärkung der Fähigkeit der ukrainischen Ombudsmann-Institution zur Förderung der Menschenrechte; Beratung und technische Unterstützung der Institution;
4. Kampf gegen den Menschenhandel: Unterstützung der ukrainischen Behörden in ihren Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel ausgehend von und innerhalb der Ukraine; Fortsetzung des Zeugenschutzprojekts mit Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit regionalen Behörden;
5. Hilfestellung für das Verfassungsgericht zur Bewältigung der Herausforderungen des Transitionsprozesses; Stärkung der Fähigkeit der Justiz, der Verfassung Geltung zu verschaffen;
6. Hilfestellung für den Obersten Gerichtshof; Stärkung der Fähigkeit der ukrainischen Justiz, die Rechtsstaatlichkeit zu fördern;
7. Förderung der Rechtsstaatlichkeit im militärischen Bereich: Hilfestellung bei der Auseinandersetzung mit Fragen im Zusammenhang mit Reformen im Bereich Militärgerichtsbarkeit und -strafverfolgung;
8. Medienfreiheit: Hilfestellung bei der Vereinheitlichung der Gesetze, Vorschriften und Verfahren im Einklang mit einschlägigen internationalen Standards der Medienfreiheit;
9. Kampf gegen die Korruption: Förderung der Leistungsfähigkeit der Organe der Staatsanwaltschaft im Kampf gegen die Korruption und bei der Durchführung von Maßnahmen gegen die Korruption im Einklang mit demokratischen Normen und Standards;
10. Transparenz der regionalen Verwaltung: Erhöhung der Transparenz der regionalen und lokalen Verwaltungen; Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Exekutive auf regionaler und lokaler Ebene.

Eine Analyse der Durchführung der Projekte zeigt, dass das Mandat des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine kurz vor seiner Erfüllung steht. Es

ist daher an der Zeit, eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der OSZE auszuarbeiten und weiterzuentwickeln.

Der ukrainische Vorschlag zur Einrichtung eines OSZE-Zentrums für ethnopolitische Forschung

Einige Ideen zu diesem Thema waren von der ukrainischen OSZE-Delegation bereits im Zuge der Vorbereitungen zum Istanbul Gipfeltreffen und auf dem Treffen selbst (November 1999) vorgestellt worden. Es ging dabei um den Vorschlag zur Gründung eines Zentrums für ethnopolitische Forschung unter der Ägide des HKNM oder des OSZE-Generalsekretärs. Die Idee fand generell die Unterstützung von Vertretern leitender OSZE-Gremien, des Europarats sowie mehrerer Teilnehmerstaaten. Der Vorschlag wurde vom damaligen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, Max van der Stoel, positiv aufgenommen und fand auch Eingang in das gemeinsame Kommuniké der ukrainisch-amerikanischen intergouvernementalen Kommission zu Fragen der Zusammenarbeit.

Nach umfangreichen Beratungen mit OSZE-Institutionen und -Teilnehmerstaaten reichte die Ukraine den Vorschlag offiziell zu Erörterung im Ständigen Rat ein. Leider kam es jedoch zu keinem positiven Beschluss in dieser Sache. Nachfolgend werden einige Beweggründe für die ukrainische Initiative genannt.

Der Vorschlag zur Gründung eines OSZE-Zentrums für ethnopolitische Forschung beruhte auf der eingehenden Analyse gegenwärtiger Tendenzen in den politischen Entwicklungen im OSZE-Gebiet. Das Ende der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges sowie der Zusammenbruch des sowjetischen Vielvölkerreiches und ähnlicher Staatengebilde haben zu einer völlig neuen geopolitischen Lage geführt. Ihre charakteristischen Merkmale sind die Entstehung zahlreicher neuer unabhängiger Staaten, das jähe Erwachen des ethnischen Selbstbewusstseins von Völkern und nationalen Gruppen, ihre revolutionären Aktionen gegen den Status der Ungleichheit in der totalitären Epoche und ihre Bewegungen zur Erlangung und Sicherung ihrer Rechte und Freiheiten.

Aufgrund seiner Komplexität führte dieser Prozess unweigerlich zu Problemen und Spannungen in den internationalen und interethnischen Beziehungen, die darüber hinaus noch durch solch schlimme Phänomene wie aggressiver Nationalismus, Chauvinismus und kriegerischer Separatismus verstärkt wurden.

Die genannten Faktoren trugen zu zahlreichen anhaltenden und heftigen blutigen Konflikten bei, die Sicherheit und Stabilität in allen Regionen der OSZE bedrohten. Ihre Lösung erfordert gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und der OSZE, die Verbesserung und Überarbeitung der entsprechenden Instrumente der Organisation und die Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden Reserven.

Als vorrangig bei der Krisenprävention und Konfliktbeilegung sowie bei der Konsolidierung von Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent wurden vom Istanbuler Gipfel die Aufgaben bezeichnet, die Demokratie zu stärken, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere die Rechte nationaler Minderheiten, zu schützen sowie Intoleranz, aggressivem Nationalismus, Rassismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenzuwirken. Auf dem Gipfeltreffen wurde betont, dass Fragen nationaler Minderheiten nur in einem demokratischen politischen Rahmen auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit zufriedenstellend gelöst werden können.² Das erfordert von der OSZE umfangreiche Vorbereitungen, die kontinuierliche aktive Suche nach Wegen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Organisation und ihrer Gremien, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie erfolgreich arbeiten kann.

In diesem Zusammenhang sollte der Institution des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten größtmögliche Bedeutung zuerkannt werden. Angesichts ihrer Erfolge in der Vergangenheit muss sie einer der wichtigsten Akteure bei der Verfolgung dieses Ziels sein.

Diese Institution könnte erheblich dadurch unterstützt werden, dass man ihre Strukturen um eine Forschungskomponente ergänzt, die bei der Ausarbeitung wissenschaftlich fundierter Ansätze zur Lösung komplizierter und oft auch sehr sensibler und heikler ethno-politischer Fragen die notwendige Hilfestellung leistet. Diese Funktion soll das Zentrum für ethno-politische Forschung übernehmen.

Mit eingehenden Untersuchungen zum Stand der interethnischen Beziehungen sowie zu den Erfahrungen und zur Praxis der Gewährleistung der Rechte nationaler Minderheiten im OSZE-Gebiet, mit der Erstellung von Informationsmaterial, wissenschaftlich fundierter Beratung, Empfehlungen und der Initiierung von Projekten zur Bewältigung verschiedenster Probleme würde das Zentrum den heutigen Anforderungen gerecht: Es würde die wissenschaftlichen Grundlagen für die politischen Aktivitäten der OSZE schaffen und damit zur Bereicherung und weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der Organisation beitragen. Die Einrichtung des Zentrums für ethno-politische Forschung würde die Möglichkeiten der Beteiligung von Vertretern des nicht-staatlichen Sektors an der Arbeit der OSZE erweitern. Es wäre eine Innovation unter den Sicherheitsorganisationen im euro-atlantischen Gebiet. Ein solcher Schritt würde die weitere Stärkung der Autorität und des Einflusses der Organisation gewährleisten.

Zum Mandat des Zentrums könnten folgende Aufgaben und Funktionen gehören:

2 Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Europäische Sicherheitscharta, Istanbul, November 1999, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2000, Baden-Baden 2000, S. 455-476, hier: S. 462-463.

- Durchführung von Untersuchungen zur ethnopolitischen Lage im OSZE-Gebiet, Aufzeigen potenzieller interethnischer Probleme und Krisen, Prognostizierung ihrer möglichen weiteren Entwicklung, Formulierung wissenschaftlich fundierter Handlungsvorschläge zur rechtzeitigen Vorbeugung und zur Beseitigung der oben genannten Bedrohungen von Sicherheit und Stabilität;
- Formulierung effektiver, wissenschaftlich fundierter Ansätze und Projekte zur friedlichen politischen Lösung von Problemen und Konflikten ethnischen Ursprungs.

Weitere Tätigkeiten des Zentrums wären schließlich:

- Beobachtung der Lageentwicklung in den genannten Bereichen durch die Aufbereitung einschlägiger Informationen, die von den Feldmissionen und anderen Strukturen der OSZE, den öffentlichen Einrichtungen der Teilnehmerstaaten und den maßgeblichen nichtstaatlichen Organisationen geliefert werden, sowie
- Kontaktaufnahme und Kooperation mit Forschungsinstituten und -einrichtungen sowohl in Teilnehmer- als auch Nichtteilnehmerstaaten mit dem Ziel, deren neueste wissenschaftliche Erkenntnisse im ethnischen Bereich zu nutzen und im Rahmen von Friedensinitiativen der OSZE einzusetzen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Zentrums sollten grundsätzlich folgende Forschungsthemen und -tätigkeiten stehen:

- Tendenzen in der Transformation der ethnopolitischen Situation in der Region, Untersuchung und Beobachtung von Problemen, die zu Spannungen in den interethnischen Beziehungen führen können;
- der ethnische Faktor in der aktuellen Politik und in den zwischenstaatlichen Beziehungen;
- nationale Ethnopolitik und ethnopolitische Gesetzgebung (internationale Kriterien und Praxis), vergleichende Studien zum Status nationaler Minderheiten in den Ländern der Region;
- Entstehung und Entwicklung ethnischer und nationaler Identität, ethnische Integrationsprozesse, signifikante Beiträge nationaler Minderheiten zum Aufbau und zur Konsolidierung demokratischer Nationalstaaten, Anpassungsprozesse neuer ethnischer Gruppen (Flüchtlinge und Vertriebene) in der Region sowie
- Analyse und Prognose der Entwicklung nationaler und ethnischer Bewegungen und ihres Einflusses auf staatliche Stellen.

Das Zentrum sollte der weltweiten wissenschaftlichen Forschung über ethnische Probleme, Konfliktverhütung und Erfahrungen bei der Konfliktlösung

besondere Beachtung schenken. An dem Zentrum könnten Vertreter renommierter Forschungsinstitute sowie bekannte Konfliktforscher mit dem Ziel arbeiten, Vorschläge zur Lösung wichtiger ethnischer Probleme, Prognosen sowie Modelle spezifischer Konflikttransformation zu entwickeln. Diese Arbeit sollte in wissenschaftlich fundierte, wirksame Gegenmaßnahmen münden. Des Weiteren wäre es sinnvoll, einen Fonds für freiwillige Beiträge unter der Ägide des Zentrums zur Finanzierung der Forschungsarbeit einzurichten.

Die Zuständigkeiten des Zentrums könnten sich auf folgende Bereiche erstrecken:

- wissenschaftliche Beobachtung und vertrauliche Beratung von Teilnehmerstaaten bei Fragen, mit denen sie in ihrer Minderheitenpolitik konfrontiert sind;
- Veranstaltung von Konferenzen, Workshops, Seminaren, Runden Tischen und anderen Treffen zur Initiierung einer Diskussion über ethnische Fragen mit dem vorrangigen Ziel, Konflikte und Krisen zu verhüten und beizulegen;
- Aufbau einer Datenbank einschlägiger internationaler Erfahrungen und Expertise, Herausgabe eines regelmäßigen Bulletins und anderer Materialien mit Analysen der jeweiligen Situation in problematischen Regionen, Experteneinschätzungen, Schlussfolgerungen und Vorschlägen für den Vorsitz und die Institutionen der OSZE.

Die Effizienz des Zentrums würde in großem Maße von der Zuverlässigkeit seiner Kooperationskontakte und der Intensität der Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen der Teilnehmerstaaten, der Verständnistiefe und der Perzeption ethnischer Verhältnisse und Prozesse in der Region sowie von der flexiblen Reaktion auf gefährliche Tendenzen und Veränderungen abhängen. Das wiederum macht es erforderlich, dass das Zentrum „im Mittelpunkt des Geschehens“ angesiedelt sein muss, mit anderen Worten: in einem Teilnehmerstaat, dessen geopolitische Lage für die Erfüllung der genannten Anforderungen die geeignetste ist – und genau das trifft auf die Ukraine aufgrund ihrer günstigen geopolitischen Lage und ihres Status als mittelosteuropäisches Land und postsowjetischer Staat, der in relativer Nähe zu den meisten Brandherden und Epizentren der Konflikte liegt, zu.

Darüber hinaus sprechen folgende Vorzüge für die Ansiedelung des Zentrums in der Ukraine:

- der blockfreie Status der Ukraine und enge, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Nachbarstaaten und anderen Ländern,
- die multiethnische (aus über 100 ethnischen Gruppen bestehende) Bevölkerung der Ukraine und die große und positive Erfahrung der Uk-

- raine in der Ethnopolitik, bei der Lösung ethnischer Probleme und bei der Achtung der Rechte nationaler Minderheiten,
- die Abwesenheit von Konflikten auf ukrainischem Territorium infolge der vernünftigen Nationalitätenpolitik der Regierung,
 - die aktive Beteiligung der Ukraine an der Beilegung von Konflikten im Verantwortungsbereich der OSZE sowie
 - die Tatsache, dass der Ukraine genügend intellektuelles Potenzial sowie modernste wissenschaftliche, politische und soziale Techniken zur Durchführung ethnologischer Forschung zur Verfügung stehen; vor allem dieser Umstand würde der raschen Entwicklung des Zentrums und seiner Aktivitäten zugute kommen.

Die Ukraine verfügt über einen weit gefächerten wissenschaftlichen und methodologischen Rahmen, der als Basis für die Erforschung interethnischer Beziehungen genutzt werden kann. Dazu gehört insbesondere das Institut für politische und ethnopolitische Studien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, dessen Räumlichkeiten für die Nutzung durch das Zentrum für ethnopolitische Forschung umgebaut werden könnten. Darüber hinaus gibt es verschiedene andere Einrichtungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, die einen Bezug zum Forschungsgegenstand aufweisen, wie z.B. das Institut für Staat und Recht (Ethnopolitik), das Institut für Philosophie (ethnokonfessionelle Fragen, Nationsbildungsprozesse), das Institut für Soziologie (Ethnosozio­logie), das Institut für Kunst, Volkskunde und Ethnologie (Ethnographie, Ethnologie), das Institut für Völkerkunde in Lwiw (Ethnographie, Ethnologie) sowie die Abteilungen für Soziologie und Ethnologie in den höheren Bildungseinrichtungen (Universitäten und Akademien). Mit ethnopolitischer Forschung befassen sich in der Ukraine außerdem das Nationale Institut für Strategische Studien sowie verschiedene andere Institute.

Die hier genannten Institutionen sind in Wissenschaftlerkreisen ein Begriff, haben beachtliche Forschungsergebnisse vorzuweisen und könnten zu einer festen Basis für die Aktivitäten des Zentrums werden.

Mit der Umsetzung der ukrainische Initiative würde Sicherheit und Stabilität ebenso den Rücken gestärkt wie der europäischen Integration der postsowjetischen Staaten. Die Einrichtung des Zentrums wäre ein erheblicher Schritt vorwärts in Richtung auf die Erfüllung der in der Europäischen Sicherheitscharta enthaltenen Verpflichtung, die vorhandenen Instrumente der Zusammenarbeit zu stärken und neue zu entwickeln, um wirksam auf Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten bei der Implementierung der Regeln und Prinzipien der OSZE reagieren zu können.³

3 Vgl. Europäische Sicherheitscharta, a.a.O. (Anm. 2), S. 461.

Die Teilnahme der Ukraine an der OSZE dient der Verwirklichung ihrer grundlegenden nationalen Interessen wie der Bestätigung und Entwicklung der Ukraine als unabhängiger souveräner Staat, der Gewährleistung ihrer territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, der Stabilität ihrer internationalen Beziehungen, der Entwicklung der Ukraine als demokratischer Rechtsstaat, der Transformation ihrer Volkswirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und einer stabilen Entwicklung im Interesse der Verbesserung des Wohlergehens der Bevölkerung.

In Anbetracht der Parameter und der besonderen Merkmale der Tätigkeit der OSZE, des Konzepts der Unteilbarkeit und des umfassenden Charakters von Sicherheit, orientiert sich die Teilnahme der Ukraine an der OSZE darauf, die Wirksamkeit der Organisation bei der Konfliktverhütung und Konfliktlösung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge zu erhöhen, die in den Dokumenten der Organisation niedergelegten Prinzipien, Normen und Verpflichtungen exakt und vollständig einzuhalten und den Beitrag der OSZE zur Schaffung eines neuen und effizienten Systems europäischer Sicherheit zu vergrößern.

Die Ukraine ist daran interessiert, die Zusammenarbeit mit der OSZE, ihren Institutionen und Strukturen auszuweiten und zu vertiefen, um einen konkreten und bedeutenden Beitrag zu den friedensschaffenden und friedenserhaltenden Aktivitäten der Organisation zu leisten und gleichzeitig deren Potenzial und ihre Unterstützung entsprechend ihren nationalen Interessen und Erfordernissen zu nutzen.

Die Teilnahme der Ukraine an der OSZE soll der Beschleunigung ihrer europäischen und euro-atlantischen Integration, einem der strategischen Ziele der ukrainischen Außenpolitik, dienen und sollte daher mit den Zielen und Aufgaben der Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO, der EU und dem Europarat – den Partnern der OSZE in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur – abgestimmt werden.

Im Rahmen der OSZE hat die Ukraine beachtliche Möglichkeiten zur Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit der EU, insbesondere in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Interaktion zwischen der OSZE und den im Aufbau begriffenen europäischen Friedenstruppen wird auch die Beteiligung ukrainischer Truppenkontingente ermöglichen.

Aus den nationalen Interessen der Ukraine ergibt sich auch das Bedürfnis nach größtmöglicher Nutzung der Expertenhilfe der OSZE bei der Stärkung und Weiterentwicklung von grundlegenden demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit, bei der Entwicklung der Marktwirtschaft und bei der Verbesserung der ökologischen Sicherheit im Lande. Dies erfordert die Förderung und Entwicklung einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der OSZE: die Ausarbeitung und Durchführung von Projekten in der Ukraine, die für den Staat von praktischem Interesse sind, einschließlich

der finanziellen Unterstützung und Expertenhilfe seitens der OSZE, die Förderung einer direkten Zusammenarbeit mit den Institutionen der Organisation, insbesondere mit dem Medienbeauftragten, dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE.

Weiter oben wurden bereits diejenigen Kriterien und Ansätze beschrieben, die die grundsätzliche Haltung der Ukraine zu bestimmten Fragen in Bezug auf ihre Teilnahme an der OSZE bestimmen. Sie dienen insbesondere auch als Ausgangspunkt für die Festlegung ukrainischer Prioritäten und deren Realisierung bei der Erarbeitung eines gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa im 21. Jahrhundert, die zwischen 1995 und 1999 im Rahmen der OSZE stattfand, bei den Vorbereitungen zur Europäischen Sicherheitscharta, die auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Istanbul im November 1999 angenommen wurde, und auf den letzten drei Ministerrattreffen (Wien 2000, Bukarest 2001 und Porto 2002).

Die neue vom Istanbul Gipfel eingeleitete Etappe eröffnet die Möglichkeit, die wertvollen positiven Beschlüsse des Gipfeltreffens für die Verwirklichung der nationalen Interessen der Ukraine und für die Stärkung ihres internationalen Ansehens sowie ihrer Rolle als wichtiger Stabilitätsfaktor, der einen aktiven Beitrag zur europäischen Sicherheit leistet, wirksam zu nutzen.

Derzeit haben die Eindämmung und Überwindung einiger negativer Tendenzen in der OSZE Vorrang. Ebenso gilt es, bei der Lösung anhaltender und der Verhütung potenzieller Konflikte, in erster Linie auf dem Balkan, in Südosteuropa und in den Krisenherden in der postsowjetischen Region, Schwerpunkte zu setzen und die Anstrengungen zu erhöhen. In diesem Zusammenhang unterstützt die Ukraine das OSZE-Konzept des Aufbaus und gegebenenfalls Einsatzes der Schnellen Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation (*Rapid Expert Assistance and Co-operation Teams, REACT*) sowie die Maßnahmen im Zusammenhang mit den Aktivitäten im Bereich internationaler Polizei.

Die Ukraine und die Präventionstätigkeit der OSZE

Indem sie ihren Beitrag zur Prävention und Friedensschaffung konsequent erhöht, fördert die Ukraine die Entstehung stabiler, günstiger Bedingungen in ihrem unmittelbaren Umfeld, aber auch in der gesamten OSZE-Region und stärkt somit auch ihre eigene Position und Autorität innerhalb der OSZE.

Als Vermittler und Garantmacht sollte die Ukraine eine aktive Rolle bei der Lösung des Transnistrien-Problems übernehmen, ihr friedensschaffendes Potenzial sollte auch bei der Beilegung der Konflikte in Abchasien (Georgien), Südossetien (Georgien) und Berg-Karabach (Aserbaidschan) genutzt werden.

Als einer der Vermittler und Garantmächte im politischen Prozess der friedlichen Beilegung des Transnistrien-Konflikts steht die Ukraine ebenso für die Entwicklung freundschaftlicher und gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Republik Moldau wie für die zügige Lösung des Transnistrien-Problems. Die Ukraine ist jederzeit bereit, diese Fragen mit allen beteiligten Parteien konstruktiv zu erörtern. Gleichzeitig teilt die Ukraine die Besorgnisse der Europäischen Union und der OSZE angesichts der Pattsituation in den Verhandlungen zwischen der Republik Moldau und der Region Transnistrien. Seit 1992 hält sich die Ukraine bei ihrer Vermittlerrolle an grundlegende Prinzipien, was den Verhandlungsprozess zur Lösung des Transnistrien-Konflikts angeht: Einsatz ausschließlich friedlicher und politischer Mittel, Aufrechterhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Sicherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau, Implementierung von Abkommen, Annahme einvernehmlicher Beschlüsse, Erfüllung eingegangener Verpflichtungen durch alle beteiligten Parteien und Aufrechterhaltung der einschlägigen Garantien sowie Aufrechterhaltung des Verhandlungsprozesses.

Durchaus wichtig wäre auch die Verwirklichung des ukrainischen Vorschlags zur Verbesserung der OSZE-Strategie zur Konfliktprävention im OSZE-Gebiet. Hierzu fand am 8.-9. Oktober 2001 in Kiew das hochrangig besetzte internationale Seminar „Präventive Funktionen der OSZE: Erfahrungen, Möglichkeiten und Aufgaben“ unter der Ägide der OSZE zu Fragen und Problemen präventiver Diplomatie statt. Neben dem ukrainischen Außenminister Anatolij Zlenko und OSZE-Generalsekretär Ján Kubiš nahmen rund 150 hohe Beamte, Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und Wissenschaftler aus über 50 OSZE-Teilnehmerstaaten an dem Seminar teil. Im Verlaufe des Seminars wurde die Präventionstätigkeit im OSZE-Gebiet unter Berücksichtigung der wichtigsten Komponenten präventiver Arbeit einer sorgfältigen Analyse unterzogen: die wichtigsten Stadien der Konfliktprävention in den grundlegenden Dimensionen der Sicherheit und die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumente, die Rolle und die Charakteristika der Präventionstätigkeit internationaler Organisationen und Strukturen in der Region sowie die Notwendigkeit, die Ansätze und die Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention zu koordinieren und zu konsolidieren. Im Zuge der Erörterung dieser Themen fand ein positiver Erfahrungsaustausch statt und es waren einige gute Ergebnisse zu verzeichnen. Gleichzeitig wurden in den Diskussionen auch Mängel und Schwächen deutlich, die auf diejenigen Bereiche hinwiesen, in denen Verbesserungen notwendig sind.

Insbesondere auch Fragen zur Verstärkung präventiver Maßnahmen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die in den Vorträgen der Seminarteilnehmer angesprochen wurden, waren von großer Bedeutung, da dieses Problem angesichts der tragischen Ereignisse des 11. September 2001 in New York und Washington, nur vier Wochen vor Beginn des Seminars, auf der Agenda der Organisation ganz nach oben gerückt war.

Die Zusammenfassung der Diskussionen auf dem Seminar bestätigte die Schlussfolgerung, dass Prävention zum grundlegenden Faktor bei der Friedenserhaltung und der Konsolidierung von Sicherheit geworden ist.

Die Diskussionen machten erneut deutlich, dass ein universaler Ansatz zur Erforschung der Ursachen von und Gründe für Spannungen und Konflikte, zu ihrer wirksamen Verhütung sowie zur Erarbeitung und Durchführung geeigneter Maßnahmen notwendig ist, um entstehende Kontroversen zu überwinden.

Die Analyse der Lage im OSZE-Gebiet hat gezeigt, dass eine entschiedene Verstärkung der Präventionstätigkeit in den späteren Stadien nach einem Konflikt notwendig ist, um eine erneute Zuspitzung oder Komplikationen zu verhindern. Mit eben diesem Ansatz sollten die Beilegung so genannter „eingefrorener Konflikte“ im postsowjetischen Raum und die Bewältigung der Probleme auf dem Balkan beschleunigt werden. Die Diskussionen haben auch gezeigt, dass die in der Europäischen Sicherheitscharta festgehaltene Prämisse, nämlich sich angesichts der bestehenden Interdependenzen mit jeder einzelnen Dimension von Sicherheit als integralem Bestandteil eines unteilbaren Ganzen zu befassen, in die Praxis umgesetzt werden muss. Das wiederum erfordert die Verstärkung der Präventionstätigkeit vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt.

Die Schlussfolgerungen des Seminars haben bestätigt, dass der beste Weg zu einem universalen Ansatz bei der Prävention der ist, die Bemühungen um Prävention sowohl innerhalb der OSZE als auch – was noch wichtiger ist – zwischen der OSZE und ihren Partnerorganisationen noch stärker zu koordinieren. In diesem Zusammenhang sind die Weiterentwicklung der praktischen Kooperation, der Koordinierung der Präventionsmaßnahmen der OSZE mit denjenigen der Vereinten Nationen, der EU, des Europarats und der NATO sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit mit subregionalen Strukturen und Einrichtungen von großer Bedeutung.

Die von den Vereinten Nationen entwickelte Präventionsstrategie und die Implementierung des vom Rat der Europäischen Union in Göteborg im Juni 2001 angenommenen „Programms der Europäischen Union zur Verhütung gewaltsamer Konflikte“ bieten der OSZE reichlich Möglichkeiten zur Verbesserung und Ausweitung ihrer Präventionstätigkeit. Die Ukraine vertritt den Standpunkt, dass die OSZE in Form einer engen Kooperation mit den genannten Organisationen auf der Grundlage der Prinzipien gegenseitiger Zusammenarbeit, Verstärkung und Unterstützung deren Hilfe aktiv nutzen muss, insbesondere auf solchen Gebieten, in denen die Expertise und das Potenzial der OSZE begrenzt sind, wie z.B. in der ökonomischen und ökologischen Dimension von Sicherheit. Die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Partnerorganisationen im Bereich der Prävention wird eine schnellere Lösung bestehender Konflikte und die wirksame Verhütung potenzieller Konflikte fördern und Möglichkeiten bieten, bei der Konsolidie-

rung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet einen großen Schritt voranzukommen.

Auf der Suche nach Wegen, wie die Rolle der OSZE im Rahmen internationaler friedensschaffender Maßnahmen ausgeweitet werden kann, müssen die jeweiligen Grenzen der Organisation im Falle eines Alleingangs bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen und Bedrohungen berücksichtigt werden. Diese Grenzen erfordern die praktische Umsetzung der auf Zusammenarbeit aufbauenden Plattform für kooperative Sicherheit, die die Stärkung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der OSZE mit den Vereinten Nationen, der EU, dem Europarat und der NATO zur Erzielung von Synergieeffekten und auf der Grundlage von Komplementarität und Gleichberechtigung festlegt. In dieser Hinsicht wird es besonders wichtig, einen Rahmen für konkrete Mechanismen zur Interaktion zwischen den genannten Organisationen, insbesondere in Krisensituationen, zu schaffen.

Bedenkt man, dass zu den Hauptursachen langfristiger Krisen und Konflikte der doch recht freie und selektive Umgang mit den grundlegenden Prinzipien und Normen der OSZE hinsichtlich ihrer Einhaltung gehört, ist es dringend notwendig, die Auflagen der Schlussakte von Helsinki aufrechtzuerhalten und zu befolgen; das Bekenntnis dazu wurde insbesondere auf dem Istanbul Gipfel noch einmal bekräftigt.

In diesem Zusammenhang sollten sich alle Mitgliedstaaten und Organisationen, die sich an der Plattform für kooperative Sicherheit beteiligen, strikt an die Anerkennung der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und seiner unverzichtbaren Rolle für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet, wie es in der Europäischen Sicherheitscharta noch einmal bekräftigt wurde,⁴ sowie an ihre Verpflichtung, Gewalt weder anzuwenden noch anzudrohen und Konflikte friedlich zu lösen, halten.

Internationale Bemühungen um eine Reform der OSZE

Das Treffen des Rates der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten am 3.-4. Dezember 2001 in Bukarest wurde zum Kulminationspunkt positiver Veränderungen, die sich während der Vorbereitungen zu diesem Treffen zunehmend abgezeichnet hatten. Es gelang der Organisation, bestimmte negative Tendenzen, die nach dem Wiener Ministerrat aufgetreten waren, zu überwinden.

Die positiven Veränderungen, die sich auch in einer Atmosphäre von verstärktem gegenseitigen Verständnis und Partnerschaft unter den Teilnehmer-

4 Vgl. Europäische Sicherheitscharta, a.a.O. (Anm. 2), S. 459.

staaten manifestierten, boten Gelegenheit zur Vereinbarung und Aktualisierung einer Reihe wichtiger Themen in Bezug auf die Tätigkeit der OSZE.⁵ Nach der Annahme einiger wichtiger Dokumente zur Rolle und den Aufgaben der OSZE bei der Terrorismusbekämpfung – was gleichzeitig die Aufnahme eines neuen und extrem wichtigen Tätigkeitsbereichs in das Mandat der Organisation bedeutet und ihren Beitrag zu Frieden und Sicherheit erheblich erhöht – unternahm das Ministerratstreffen in Bukarest erste wichtige Schritte zur Reform der OSZE. Auf dem Treffen wurde ein Beschluss zur Erneuerung der Rolle der OSZE als Forum für politische Beratungen über Fragen europäischer Sicherheit verabschiedet.

Zur Vertiefung des eingeschlagenen Kurses, Unausgewogenheiten bei wichtigen Aspekten der Sicherheit in den Aktivitäten der OSZE zu beseitigen, rückte der Ministerrat zwar menschliche Aspekte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Organisation, legte aber gleichzeitig Schritte zur Intensivierung der Tätigkeit in den Bereichen ökonomisch-ökologische und politisch-militärische Aspekte der Sicherheit fest. Mit Blick auf die oben genannten Ziele wurde beschlossen, beim Ständigen Rat (dem wichtigsten Gremium der OSZE) einen Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt einzurichten, der bei seiner Arbeit vom Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE alle notwendige Unterstützung erhalten wird. Eine weitere wichtige Institution der OSZE ist das Forum für Sicherheitskooperation (FSK), dessen Autonomie gewahrt wird und das die Erfüllung seines Mandats fortsetzen wird. Es muss allerdings seine Aktivitäten unter Berücksichtigung der neuen Herausforderungen für die Sicherheit auf den neuesten Stand bringen und engere Verbindung zur Arbeit der OSZE insgesamt halten. Dazu wurden engere Kontakte zwischen dem Ständigen Rat und dem FSK hergestellt. Mit Blick auf eine größere Rolle der Polizei bei der Bewältigung neuer Herausforderungen und Bedrohungen, der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz demokratischer Institutionen sowie in Anbetracht der Tatsache, dass die Teilnehmerstaaten in diesem Bereich zunehmend um Hilfe ersuchen, wurde auf dem Ministerratstreffen von Bukarest beschlossen, auch hier die Aktivitäten der OSZE zu intensivieren. Dazu gehören die Gewährleistung von Unterstützung und Hilfe im Bereich polizeilicher Aktivitäten für Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen, die Untersuchung der Bedingungen in den interessierten Staaten durch Experten, Beratung und die Abgabe von Empfehlungen, die Einrichtung von Kursen oder Schulen für die Polizeiausbildung auf der Grundlage allgemein anerkannter internationaler Standards usw.

5 Vgl. zum Folgenden: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Neuntes Treffen des Ministerrats, Bukarest, 3. und 4. Dezember 2001, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2002, Baden-Baden 2002, S. 435-466.

In Bezug auf rechtliche Aspekte der OSZE-Aktivitäten beauftragte der Ministerrat die Arbeitsgruppe für Rechtsfähigkeit damit, ihre Arbeit fortzusetzen und spezifische Vorschläge zur Erörterung vorzubereiten.

Dass die genannten und weitere wichtige Beschlüsse verabschiedet werden konnten, ist auf wichtige Übereinkünfte zurückzuführen, die das Ergebnis positiver Veränderungen in den Beziehungen zwischen den führenden OSZE-Teilnehmerstaaten, insbesondere in den Beziehungen zwischen den USA und der Russischen Föderation, aber auch in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland sind.

Der Wandel in der Haltung der Vereinigten Staaten, der Wunsch, Russland eine wichtige Rolle in der Tätigkeit der NATO einzuräumen, die positive Aufnahme der von den USA und der NATO gemachten Vorschläge in Russland – all dies hat Russlands Haltung zur Allianz verändert und einige Diskrepanzen in der Einstellung der genannten Staaten zur OSZE reduziert oder ausgeräumt. Es ist nun möglich, die beiden prinzipiellen Ansätze zur Rolle der OSZE einander näher zu bringen – ihre Reformierung, die rechtliche und auch sonstige Stärkung der OSZE, die Ausweitung ihrer Funktion mit dem Ziel, sie zur führenden und koordinierenden Organisation unter allen anderen Sicherheitsorganisationen in der Region zu machen, einerseits und die Beibehaltung ihrer unverwechselbaren Charakteristika, d.h. ihrer Funktionen in präventiver Diplomatie und ziviler friedlicher Konfliktbearbeitung sowie bei der Aufrechterhaltung der notwendigen Aufmerksamkeit für die menschliche Dimension, andererseits. Es müssen gemeinsame konstruktive Ansätze definiert werden. Beleg für den Beginn eines solchen Prozesses ist der Konsens darüber, dass zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit eine Reform der OSZE notwendig ist. Dass dies nicht leicht wird, liegt auf der Hand.

In Anbetracht der Tatsache, dass die OSZE die einzige Sicherheitsorganisation in der Region ist, der die Ukraine als Vollmitglied angehört und in der sie ihre nationalen Sicherheitsinteressen schützen kann, hat die Ukraine ein Interesse daran, die Organisation zu stärken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Eine Reform der OSZE wird daher grundsätzlich befürwortet. Gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten ist die Ukraine die Verpflichtung eingegangen, sich an die Plattform für kooperative Sicherheit ebenso zu halten wie an die grundsätzlichen Bestimmungen der Europäischen Sicherheitscharta, nach denen die OSZE eine integrative Schlüsselrolle übernehmen soll und als ein flexibler Koordinierungsrahmen für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit genutzt werden kann, in dem verschiedene Organisationen sich gegenseitig unterstützen und einen Synergieeffekt durch eine effektive Aufgaben- und Arbeitsteilung erzielen können, ohne dass es zu einer Hierarchie der Organisationen kommt. Die Politik der Ukraine sowohl hinsichtlich einer Reform der OSZE als auch mit Blick auf alle ihre Aktivitäten sollte den nationalen Interessen Rechnung tragen, aber auch konstruktive Positionen der führenden Teilnehmerstaaten mitberücksichtigen. Die schwerwiegendsten negativen Tendenzen müssen überwunden werden, es müssen konstruktive

Kompromisse erzielt und präzise Beschlüsse auf der Grundlage der Einhaltung der Prinzipien, Normen, Verpflichtungen und Beschlüsse der OSZE gefasst werden.

Die Beteiligung der Ukraine an einer Reform der OSZE sollte sich darauf konzentrieren, die Beschlüsse der Ministerratstreffen von Bukarest und Porto voll und ganz umzusetzen. Die Organisation muss besondere Maßnahmen ergreifen, um ihre Tätigkeit als ein echtes Forum für den politischen Dialog entsprechend den Vorgaben in vollem Umfang aufnehmen zu können.

Eine wichtige Aufgabe ist die Stärkung der politischen und militärischen Dimension der OSZE; dazu sollte die Erhöhung der Sicherheit im OSZE-Gebiet durch Herbeiführen einer Lösung der Konflikte in Abchasien (Georgien), Südossetien (Georgien), Berg-Karabach (Aserbajdschan) und Transnistrien (Moldau) auf die Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation gesetzt werden.

Wie für die meisten Staaten, deren Volkswirtschaften sich im Übergang befinden, gehört auch für die Ukraine die Stärkung der ökonomischen und ökologischen Dimension der OSZE u.a. dadurch, dass der bereits geschaffene Unterausschuss des Ständigen Rates seine Tätigkeit aufnimmt, zu den Prioritäten. Der Unterausschuss muss das Hauptgremium zur Unterstützung von Ländern mit komplizierten wirtschaftlichen Problemen werden. Die Diskussionen im Unterausschuss sollten darauf ausgerichtet sein, das Mandat und die Tätigkeit des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE auszuweiten und seine Effektivität zu erhöhen. Die Rolle des Koordinators sollte ebenso wie das Wirtschaftsforum, das jährlich in Prag stattfindet, stärker auf die Bedürfnisse der Teilnehmerstaaten mit Übergangswirtschaften zugeschnitten werden.

In Bezug auf eine Reform der OSZE muss der Verbesserung der Leitung der Organisation Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ihre Tätigkeit muss streng reglementiert werden, um so alle Möglichkeiten des Voluntarismus, des Unilateralismus, des Abweichens vom Konsenscharakter der OSZE und zur Anwendung doppelter Standards in ihrer Arbeit zu beseitigen.

Es sollten geeignete Verfahren zur Erhöhung der Effizienz der Organisation vereinbart werden. Solche Verfahrensvorschriften werden die angemessene Durchführung der übernommenen Aufgaben sicherstellen und dadurch die Wirksamkeit der Institutionen, der Missionen oder anderer Formen der OSZE-Präsenz in den Teilnehmerstaaten verbessern.

Die Beteiligung der Ukraine an den Aktivitäten der OSZE sollte zu einem großen Teil darin bestehen, dass sich ihre Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Feldmissionen der Organisation erhöht. Gleichzeitig könnten Probleme bei der Auswahl von Experten aus den Teilnehmerstaaten für eine Tätigkeit in den OSZE-Strukturen und im Sekretariat gelöst werden. Dabei sind eine hohe Professionalität und eine gerechte geographische Verteilung der Mitarbeiter anzustreben.

Die Idee, der OSZE eine begrenzte Rechtsfähigkeit zu geben und ihr selbst sowie ihren Strukturen und Vertretern bestimmte Immunitäten und Privilegien einzuräumen, verdient Unterstützung.

Für die Ukraine hat ihre Teilnahme an der OSZE heute die wichtige Bedeutung, sie als einen der Ausgangspunkte für die europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine, insbesondere im Zusammenhang mit ihrem Interesse an einem Beitritt zur EU, zu nutzen. Mit diesem Ziel vor Augen ist es notwendig, die Zusammenarbeit mit der Gruppe der EU-Staaten weiter auszubauen und die Praxis regelmäßiger Konsultationen auf die Förderung gemeinsamer Initiativen und die Unterstützung der Vorschläge der EU-Gruppe (sofern sie für die Ukraine akzeptabel sind) auszuweiten.

Ebenfalls im Interesse der Ukraine liegt die Förderung der Kooperation von EU und OSZE beim Einsatz von *Peacekeeping*-Truppen, die von der EU aufgestellt und im Rahmen der Tätigkeit der OSZE genutzt werden können. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen EU und OSZE könnte sich auf der Grundlage des „Programms der Europäischen Union zur Verhütung gewaltsamer Konflikte“ entwickeln, das auf dem Treffen des Rates der Europäischen Union in Göteborg im Juni 2001 verabschiedet wurde, auf dem wichtige Vorschläge für das Zusammenwirken mit der OSZE auf der Basis sich gegenseitig verstärkender, effektiver Partnerschaft und des Prinzips komparativer Vorteile gemacht wurden.